

Unternehmen & Märkte

Gastkommentar

Verlässliche Vorgaben



M&A

Harald Selzner hält die Kritik an der schärferen Regulierung von Übernahmen in Deutschland für überzogen.

Das Bundeskabinett hat eine Änderung der Außenwirtschaftsverordnung (AWV) beschlossen, mit der der Erwerb deutscher Unternehmen durch Nicht-EU-Ausländer stärker reguliert werden soll. Die Initiative ist bei Vertretern der Wirtschaft auf lautstarke Kritik gestoßen. Man ist besorgt um den Investitionsstandort Deutschland. In der Tat zählen ausländische Investoren mehr denn je zu den Treibern des M&A-Markts. Chinesische Kaufinteressenten bilden mittlerweile eine eigene Investorenklasse, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Beeindruckt durch spektakuläre Übernahmetransaktionen passt die Verschärfung der Regulierung in die derzeitige allgemeinpolitische Debatte. Bei Transaktionen bereitet schon heute das weitreichende und zuweilen schwer vorhersehbare US-amerikanische Regulierungsregime (CFIUS) besondere Herausforderungen, das auch auf deutsche oder europäische Unternehmen wie etwa im Fall Aixtron Auswirkungen haben kann. Die Regulierung von Auslandsinvestitionen erfordert allerdings Augenmaß und klare, verlässliche Prozesse.

Dies gilt in besonderem Maße für Deutschland, dessen Volkswirtschaft wie keine andere auf freien Handel angewiesen ist. Im Grundsatz müssen Auslandsinvestitionen eher als Chance denn als Risiko begriffen werden.

Hier ist entgegen lautstarken Einschätzungen von Wirtschaftsverbänden auch mit der AWW-Novelle das Abendland noch nicht verloren. Transparenzanforderungen wird man sich nicht verschließen können; eine Untersagung erfordert aber unverändert eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und wird entsprechend die Ausnahme bleiben. Allerdings wird es entscheidend auf die Umsetzung des neuen Prüfungsregimes ankommen: Wird die verlängerte Prüfungsfrist regelmäßig ausgenutzt und damit die Transaktionsgeschwindigkeit belastet? Wie wird der Prüfungsmaßstab für eine Untersagung transaktionstauglich konkretisiert? Führt die verschärfte Reglementierung zu einem Prozess, der die politische Einflussnahme im Einzelfall - etwa durch die Ermutigung zu konkurrierenden Angeboten wie bei Kuka - vermeidet?

Bei sachgerechter Handhabung des neuen AWW-Regimes kann eine nachteilige Auswirkung auf den M&A-Markt in Deutschland vermieden werden. Denn auf transparente und verlässliche Vorgaben können sich Unternehmen und Transaktionsbeteiligte einstellen. Dabei ist die politische Verankerung eines positiven Investitionsklimas auch und gerade für ausländische Investoren von größerer Bedeutung. Richtigerweise sollte allerdings die Regulierung von außereuropäischen Investitionen auf EU Ebene das Ziel sein und entsprechend forciert werden.

Der Autor ist Partner und Co-Chair der globalen M&A-Praxisgruppe bei der Kanzlei Latham & Watkins.
Erreichbar unter: gastautor@handelsblatt.com

„
Auslandsinvestitionen müssen **eher als Chance denn als Risiko begriffen werden.**“